

rium einer Abgrenzung. Zumal offensichtlich für den 03.04.2020 ein Besuch geplant war - womit sich die Antragsgegnerin bislang nicht auseinandergesetzt hat.

Da unter Berücksichtigung des Beurteilungsspielraums der Antragsgegnerin Spruchreife nicht besteht, war - wie vom Antragsteller auch beantragt - gemäß § 115 Abs. 4 StVollzG auszusprechen, dass die Antragsgegnerin verpflichtet wird, über den Antrag des Antragstellers unter Berücksichtigung der Rechtsauffassung des Gerichts neu zu entscheiden.

III.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 121 Absatz 4 StVollzG, 467 StPO.

Die Festsetzung des Gegenstandswertes beruht auf den §§ 60, 52 Absatz 1 bis 3 GKG.

S
Richterin am Landgericht

Beglaubigt
Freiburg im Breisgau, 26.11.2020

Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

